

Die USA im Ersten Weltkrieg (1914-1918)

Botschaft von US-Präsident Woodrow Wilson an den Kongress vom 8. Januar - das »14-Punkte-Programm«

Trotz wachsender und schließlich offener Sympathien für die Ententestaaten¹ bewahrten die USA ihre formale Neutralität bis 1917. Als Deutschland jedoch am 31. Januar 1917 den Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges ankündigte, brach die US-Regierung die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich ab. Drei Monate später unterzeichnete Präsident Woodrow Wilson die formelle Kriegserklärung an Deutschland. Schon im Sommer kämpfte rund eine Million amerikanischer Soldaten für die Entente an der Westfront. Dennoch setzte Wilson seine Friedensbemühungen fort. Am 8. Januar 1918 legte er dem Kongress ein 14-Punkte-Programm vor, das einen für alle Parteien annehmbaren Friedensschluss vorsah. Bis auf einige erläuternde Ausführungen erschien das Programm auch in der deutschen Presse. Doch hatten die russischen Revolutionäre um Lenin² nur wenige Wochen nach der »Oktoberrevolution«³ Friedensverhandlungen mit dem Deutschen Reich aufgenommen. Am 3. März 1918 unterzeichnete Russland in Brest-Litowsk das deutsche Friedensdiktat⁴. Angesichts des Zusammenbruchs Russlands hoffte das Deutsche Reich im Frühjahr 1918, doch noch mit militärischen Mitteln den Sieg davon tragen zu können. Die Reichsregierung ging deshalb auf die Vorschläge Wilsons erst ein, als die Niederlage des deutschen Heeres im September 1918 schon unabwendbar war und der sich abzeichnende Zusammenbruch der verbündeten Staaten immer konkretere Formen annahm: Am 14. September richtete der habsburgische Kaiser Karl I. eine Friedensnote an alle kriegführenden Mächte, kurz darauf nahm Bulgarien mit der Entente Gespräche über einen Waffenstillstand auf, der am 29. September abgeschlossen wurde. Angesichts der fortgesetzten alliierten Angriffe an der Westfront drängte Erich Ludendorff⁵ nun unverzüglich auf ein deutsches Waffenstillstandsgesuch auf Grundlage des 14-Punkte-Programms. Als Voraussetzung zur Erleichterung der Verhandlungen forderte Ludendorff eine Parlamentarisierung des Reiches und eine neue Reichsregierung. Am 3. Oktober wurde Prinz Max von Baden⁶ zum neuen Reichskanzler ernannt. Einen Tag später erging über die Schweiz ein deutsches Waffenstillstandsangebot an den US-Präsidenten, das sich auf die Basis seiner Vorschläge stellte. Sein 14-Punkte-Programm sah vor ...

1. Offene, öffentlich abgeschlossene Friedensverträge. Danach sollen keinerlei geheime internationale Abmachungen mehr bestehen, sondern die Diplomatie soll immer aufrichtig und vor aller Welt getrieben werden.
2. Uneingeschränkte Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren, außerhalb der Territorialgewässer, im Frieden sowohl wie im Kriege, ausgenommen jene Meere, die ganz oder teilweise durch internationales Vorgehen zur Durchführung internationaler Verträge gesperrt werden.
3. Möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und Herstellung einer Gleichheit der Handelsbedingungen für alle Nationen, die dem Frieden beitreten und sich zu seiner Aufrechterhaltung verbinden.
4. Entsprechende gegenseitige Bürgschaften für die Beschränkung der Rüstungen der Nationen auf das niedrigste, mit der Sicherheit im Innern vereinbare Maß.
5. Freier, unbefangener und völlig unparteiischer Ausgleich aller kolonialen Ansprüche, auf der genauen Beachtung des Grundsatzes beruhend, dass beim Entscheid in solchen Souveränitätsfragen die Interessen der betreffenden Bevölkerungen ebenso ins Gewicht fallen, wie die berechtigten Ansprüche der Regierung, deren Rechtstitel zu entscheiden ist.

¹ **Entente** (frz. *Bündnis*, Einvernehmen), die: gemeint ist die Entente cordiale, ein 1904 zwischen dem Vereinigten Königreich und Frankreich geschlossenes Bündnis.

² **Lenin**, eigentlich **Wladimir Iljitsch Uljanow**, (1870-1924), russischer kommunistischer Politiker und Revolutionär sowie marxistischer Theoretiker, Vorsitzender der Bolschewiki-Partei und der aus ihr hervorgegangenen Kommunistischen Partei Russlands (1912-1924), Regierungschef der Russischen SFSR (1917-1924) und danach der Sowjetunion (1922-1924), als deren Begründer er gilt.

³ Als **Oktoberrevolution** wird die gewaltsame Machtübernahme durch die russischen kommunistischen Bolschewiki ab dem 25. Oktober^{jul./} 7. November 1917^{greg.} bezeichnet. Sie beseitigte die aus der Februarrevolution hervorgegangene Doppelherrschaft aus sozial-liberaler Übergangsregierung unter Alexander Kerenski und den Sowjets und errichtete einen neuen Staat, der sich selbst als Diktatur des Proletariats verstand.

⁴ Der **Friedensvertrag von Brest-Litowsk** zwischen Sowjetrussland und den Mittelmächten wurde nach längeren Verhandlungen am 3. März 1918 in Brest-Litowsk unterzeichnet. Damit schied Sowjetrussland aus dem Ersten Weltkrieg aus. Bei dem Friedensschluss konnte vor allem die deutsche Oberste Heeresleitung (OHL) ihre Vorstellungen hinsichtlich einer territorialen Neugliederung der ehemals russischen Gebiete durchsetzen. Die Regierung der Bolschewiki unterzeichnete den Vertrag angesichts der deutschen militärischen Drohung unter Protest, weil sie fürchtete, ansonsten den Erfolg der Oktoberrevolution zu gefährden.

⁵ **Erich Friedrich Wilhelm Ludendorff** (1865-1937), preußisch-deutscher General und Politiker. Im Ersten Weltkrieg hatte er als Erster Generalquartiermeister und Stellvertreter Paul von Hindenburgs, des Chefs der dritten Obersten Heeresleitung (OHL), bestimmenden Einfluss auf die deutsche Kriegführung und Politik.

⁶ **Maximilian von Baden** (1867-1929), war als Prinz von Baden der letzte Thronfolger des Großherzogtums Baden. Von Oktober bis November 1918 war er etwa einen Monat lang der letzte Reichskanzler des Deutschen Kaiserreichs unter Kaiser Wilhelm II. Am 9. November verkündete von Baden eigenmächtig, der Kaiser habe abgedankt, und übergab sein Amt dem Führer der Sozialdemokraten, Friedrich Ebert.

6. Räumung des ganzen russischen Gebietes und ein Einvernehmen über alle auf Russland bezüglichen Fragen, das das beste und freieste Zusammenwirken der anderen Völker sichert, um für Russland eine ungehemmte Gelegenheit zur unabhängigen Bestimmung seiner eigenen politischen Entwicklung und nationalen Politik herbeizuführen und ihm eine herzliche Aufnahme in der Gesellschaft der freien Nationen unter selbst gewählten Staatseinrichtungen, ja noch mehr, Hilfe jeder Art, deren es bedürftig sein und von sich aus wünschen mag, gewährleistet. Die Russland von seinen Schwesternationen in den nächsten Monaten gewährte Behandlung wird der Prüfstein ihres guten Willens, ihres Verständnisses für seine Bedürfnisse im Unterschied zu ihren eigenen Interessen und ihres verständigen und selbstlosen Mitgefühls sein.
7. Belgien muss, die ganze Welt wird dem beipflichten, geräumt und wiederhergestellt werden, ohne jeden Versuch, seine Souveränität, deren es sich wie alle anderen freien Völker erfreut, zu beschränken. Kein anderer einzelner Schritt wird so wie dieser dazu dienen, das Vertrauen unter den Nationen in die Gesetze wiederherzustellen, die sie selbst geschaffen haben und als maßgebend für ihre Beziehungen zueinander festgesetzt haben. Ohne diesen heilsamen Schritt bleibt die gesamte Struktur und die Gültigkeit des Völkerrechts für immer geschädigt.
8. Das ganze französische Gebiet muss geräumt und die besetzten Teile wiederhergestellt werden. Das Unrecht, das Frankreich im Jahre 1871 in Beziehung auf Elsass-Lothringen durch Preußen angetan worden ist und das den Weltfrieden während nahezu fünfzig Jahren erschüttert hat, muss wiedergutmacht werden, damit der Friede im Interesse Aller wiederhergestellt werden kann.
9. Berichtigung der Grenzen Italiens nach den genau erkennbaren Abgrenzungen der Volksgenhörigkeit.
10. Den Völkern Österreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir geschützt und gesichert zu sehen wünschen, sollte die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung zugestanden werden.
11. Rumänien, Serbien und Montenegro sollten geräumt, die besetzten Gebiete zurückgegeben werden. Serbien sollte ein freier und sicherer Zugang zur See gewährt werden, und die Beziehungen unter den verschiedenen Balkanstaaten zueinander sollten durch freundschaftliche Übereinkunft nach den bestehenden geschichtlichen Richtlinien der Zugehörigkeit und der Nationalität geregelt werden. Internationale Bürgschaften für die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie die Unverletzlichkeit des Gebiets der verschiedenen Balkanstaaten sollten geschaffen werden.
12. Den türkischen Teilen des jetzigen Osmanischen Reiches sollte eine unbedingte Selbstständigkeit gewährleistet werden. Den übrigen Nationalitäten dagegen, die zurzeit unter türkischer Herrschaft stehen, sollte eine zuverlässige Sicherheit des Lebens und eine völlig ungestörte Gelegenheit zur selbstständigen Entwicklung gegeben werden. Die Dardanellen sollten unter internationalen Bürgschaften als freie Durchfahrt für die Schiffe und den Handel aller Nationen dauernd geöffnet werden.
13. Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der alle Gebiete einzubegreifen hätte, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind; diesem Staat sollte ein freier und sicherer Zugang zur See geöffnet werden, und seine politische sowohl wie wirtschaftliche Unabhängigkeit sollte durch internationale Übereinkommen verbürgt werden.
14. Ein allgemeiner Verband der Nationen muss gegründet werden mit besonderen Verträgen zum Zweck gegenseitiger Bürgschaften für die politische Unabhängigkeit und die territoriale Unverletzbarkeit der kleinen sowohl wie der großen Staaten.

Zitiert nach: www.dhm.de/lemo/html/dokumente/14punkte (22.XII.2004)

**Wer nichts weiß,
muss alles glauben!**

Marie von Ebner-Eschenbach



HK 2019/20



Geschichte der USA
im 20. Jahrhundert